

Leipzig. Die Zeitung
erscheint täglich.
Zu beziehen durch alle
Postämter des In- und
Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Viertel-
jahr 2 Thlr. —
Insertionsgebühren für
den Raum einer Zeile
2 Ngr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Uebersicht.

Deutschland. ** Frankfurt a. M. Die deutsche Nationalversammlung, die Oberhauptfrage. * Frankfurt a. M. Die Debatte über die Oberhauptfrage. Der Centralmährverein. — Das mutmaßliche Ergebnis der Abstimmung. Frankfurt a. M. Schreiben des Präsidenten des Reichsministeriums an den badischen Bevollmächtigten. — Mittheilung der preussischen Regierung. Der Volkstath in Hanau. — Der Rotenhan'sche Verbesserungsantrag. †† Dresden. II. Kammer, Wahl der Finanzdeputation. Motion des Abg. Schaffrath in Betreff des Reichsoberhauptes; äußerste Linke. Die I. Kammer. — Dresden. Die Adressfrage. * München. Die Stände. □ München. Die Stände. Die Ministerialconferenz. Die protestantische Generalsynode. Der Eid der Kammermitglieder. Die Thronrede. Graf Siech. Hr. Heckscher. Die Ueberschwemmung. Bürgermeister Forndran. Prof. Fallmerayer. — Festfeier in Nürnberg. — Civil und Militair in Bamberg. — Das Museum in Hannover. Stuttgart. Verfügung der Ministerien in Betreff der Einführung der Grundrechte des deutschen Volks. Gesetz in Betreff der Herausgabe von Zeitungen. Die Abgeordnetenversammlung. Darmstadt. Gesetzentwürfe. Altenburg. Der Märzverein. Schwerin. Untersuchung gegen den Postrevisor Wöhler. * Lübeck. Die Bürgerschaft. Die Grundrechte. Hamburg. Die Geschäftsordnung der constituirenden Versammlung. — Die holsteinische Ritterschaft. — Dänische Uebergriffe.

Preussen. ▽ Berlin. Das schwarze Buch der aufgelösten Nationalversammlung. — Gesetzentwürfe in Betreff einer Gemeindeordnung. — Graf Brandenburg. Arbeiterkrawall. Der Proceß gegen die Buchdrucker. Hr. Wallach. — Die Enthüllungen. — Hr. Rodbertus. — Die Angelegenheiten des Großherzogthums Posen. — Verhaftung des Candidaten Bartholdy in Greifswald. * Köln. Die Dampfschiffahrt.

Oesterreich. O Kremsier. Reichstag, §. 3 der Grundrechte. — Das 15. Armeebulletin. — Die Donaubrücke. — Graf Esterhazy. Frhr. v. Doblhoff. — Kossuth. — General Bem. Die Russen.

Italien. Feindseligkeiten mit den Oesterreichern. * Rom. Feste. Die Provinzen. Frost. — Neue Encyclica des Papstes. Die Intervention.

Portugal. Die Cortes. Sir Ch. Napier's Geschwader.

Frankreich. Nationalversammlung. Die Einkommensteuer. Erklärung des Finanzministers. Die Seerüstungen. General Pelet. Diner im Elysée National. Hr. Persigny. Die Mörder des Generals Bréa. Das Attentat vom 15. Mai.

Großbritannien. Cabinetstath. Baron Andrian. Chartistenversammlung. Times und Spectator über Cobden's Finanzreformpläne. Lord Talbot. Das Cassationsgesuch von Smith O'Brien und Genossen.

Schweden. Stockholm. Seerüstungen.

† Leipzig, 20. Jan. Heute erst sollte in der die Reichsversammlung in Frankfurt seit Anfang dieser Woche beschäftigten Debatte über das Oberhaupt die Abstimmung erfolgen. In der Sitzung am 18. Jan. war hauptsächlich des Abg. Welcker Rede gegen das preussische Kaiserthum als die eines Mannes wichtig, dessen vielfache Verwendung in Reichsgeschäften ihm manche Gelegenheit geboten haben muß, hinter die Coulissen der Coterie zu schauen, deren Schwäger am Main und an der Oker ihre falschen Notizen mit Bestissenheit ableiern. Die Verlehrtheit blüht dabei, und eins dieser Blätter debutirt z. B. unter den Beweisen für die Nothwendigkeit seines Kaisers auch mit der Entdeckung, daß „Deutschland inmitten zweier großer auto-kratischer Staaten“ liegt, nämlich zwischen Rußland und Frankreich („denn der Name der Republik darf uns nicht irre führen,“ bemerkt zu ihrer Rechtfertigung diese ganz gewiß nicht diplomatische Feder, die sich kürzlich in sublimen Vermuthungen über einen unserer Correspondenten in Frankfurt a. M. sehr vergeblich erschöpfte und in der obigen Rechtfertigung ihrem Scharfsinn die beste Legitimation selbst ausgestellt hat.) Uebrigens scheint Berlin am wenigsten der Ort zu sein, wo man der Versammlung das zweifelhafte Mandat, Kronen und noch dazu erbliche Kronen zu verleihen, zu besiegeln geneigt wäre. In München haben die der Constituierung des zum 15. Jan. einberufenen Landtags vorhergehenden Geschäfte der Kammer begonnen, und die Wahlen der resp. Präsidenten und Vicepräsidenten werden wol die ersten Fingerzeige über die Parteien abgeben. In Preussen hat die Regierung den anerkannterwerthen Schritt gethan vorläufige Entwürfe der Gemeinde-, Kreis-, Bezirks- und Provinzialordnungen zur Vernehmung der Urtheile darüber zu veröffentlichen. Aus Berlin werden Gerüchte vom Rücktritte des Ministerpräsidenten Grafen Brandenburg und dessen Ersatz durch Hrn. Camphausen gemeldet. Bei der hamburgischen constituirenden Versammlung wurde zuletzt über (Thor-) Sperrfreiheit der Abgeordneten und Stellvertreter, als Name schon ein Monstrum der Bockbeutelerei, verhandelt. Die freie Stadt Lübeck hat es bei ihrem Budget gleich monarchischen Staaten ebenfalls zu einem Deficit, für 1849 einstuweilen 20,000

Thlr., gebracht. In Dresden beschäftigt die II. Kammer ein entschiedener Antrag gegen ein erbliches Reichsoberhaupt. Das plötzliche Thauwetter hat auch die Donau so angeschwellt, daß von Wien am 17. Jan. wegen Beschädigung der Brücken keine Post nach Norden befördert werden konnte. Der Reichstag in Kremsier setzt die Berathung der österreichischen Grundrechte fort. Aus Ungarn wird berichtet, daß Kossuth und die Führer der Insurrection in Debreczin verweilt. Von den Operationen gegen die Insurgenten unter General Bem erzählt ein Armeebereich. Der Papst scheint nach den neuesten italienischen Nachrichten eine zunehmend feste Sprache gegen das ungetreue Rom anzunehmen, was aber die Römer trotz der Gerüchte von naher fremder Einmischung zu Gunsten Pius' IX. nicht abhält, ihrem tumultuarischen Patriotismus und Civismus freien Lauf zu lassen. An der sardinischen Grenze soll es zu Plänkereien mit den österreichischen Vorposten gekommen sein. Die Nachrichten aus Frankreich bringen noch nichts Näheres über den eigentlichen Zweck der gemeldeten Seerüstungen. Die Anklagelammer hat wegen der angeblichen Theilnehmer am Attentate vom 15. Mai v. J. ihre Entscheidung gefällt, und das Ministerium beabsichtigt die Angeklagten vor den höchsten Staatsgerichtshof zu verweisen. Es ist deshalb bei der Nationalversammlung ein Antrag eingebracht worden. In England fängt die Agitation für Finanzreform an, die Presse mehr und mehr zu beschäftigen. Sir Ch. Napier war mit seinem Geschwader am 4. Jan. vor Lissabon angelangt, von wo dasselbe aber bald weiter segeln sollte.

Deutschland.

** Frankfurt a. M., 18. Jan. In der heutigen Sitzung der deutschen Nationalversammlung wurde der Austritt des Abg. Liebelt aus Posen angezeigt. Ministerpräsident v. Gagern setzte die Verhandlungen mit Hannover in Betreff der Grundrechte aus einander und erklärte schließlich, das Reichsministerium betrachte die Grundrechte als für Hannover verbindlich und werde bei vorkommenden Beschwerden wegen Nichtvollzugs demgemäß verfahren. In Betreff der Wahl Hrn. Temme's hat das Reichsministerium den preussischen Bevollmächtigten um Vorlage der Wahllacten ersucht, um sie der Nationalversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen. Bei hierauf fortgesetzter Verhandlung über die Oberhauptfrage erklärt sich Abg. Barth aus Kaufbeuren für das Kaiserproject. Er glaubt, daß alle namentlich vom logischen Standpunkt erhobenen Bedenken ungegründet seien. Namentlich was die Kirche anlangt, solle man lediglich die Grundrechte gewähren lassen. Man habe der Kirche gegeben, was der Kirche gehöre, man möge nun auch dem Kaiser geben, was des Kaisers sei. Abg. Eisenstuck spricht für die republikanische Spitze und widerlegt die Bedenken, welche besonders Abg. Stahl in Bezug auf die Handelspolitik erhoben, mit Hinweisung auf Nordamerika. Von dem handelspolitischen Standpunkte bekämpft er sodann das preussische Erbkaiferthum; Preussen habe sich von je her zu England hingeneigt, die deutschen Zolltarife seien seit 1820 gleichsam in London dictirt worden; die deutschen Gewerbetreibenden hätten die Tarife zuerst in den englischen Zeitungen gelesen und ihre Anträge darin gar nicht berücksichtigt gefunden. Diese Politik Preussens würde noch gefährlicher werden, wenn Preussen an die Spitze Kleindeutschlands träte und das Gegengewicht Deutschlands fehlte. Sodann widerlegt Abg. Eisenstuck die Behauptungen des Abg. Biedermann in Betreff der Stimmung Sachsens zu Gunsten des Erbkaiferthums. Abg. Biedermann habe auch die protestantischen Sympathien Sachsens berührt. Allerdings sei Sachsen echt protestantisch und stolz darauf, daß es die Wiege der Reformation gewesen; aber es habe auch nicht vergessen, daß die Stelle dieser Wiege nicht mehr auf sächsischem Boden stehe. Sodann nimmt er, unter lebhaftem Beifalle der Linken, die sächsischen Minister, besonders Braun und Oberländer, gegen den Verdacht undeutscher Gesinnung in Schutz. Man habe, so schließt der Redner, einem Abgeordneten den Vorwurf gemacht, daß er geäußert, er sei vor Allem Oesterreicher. Er glaube aber, man könne von vielen Mitgliedern dieser Versammlung sagen, daß sie seit der letzten Woche vor Allem preussisch gewesen seien. Er aber sei weder vor Allem sächsisch, noch preussisch, noch österreichisch; er halte es für Verrath am Vaterland, anders als durch und durch deutsch und nur deutsch und ganz und gar deutsch zu sein. Abg. Welcker, der nun folgende Redner, spricht sich mit großer Energie gegen das preussische erbliche Kaiserthum aus. Er erklärte, daß er lieber für den Antrag der Linken als für die erbliche Kaiserwürde stimmen würde. Er gab der linken Seite vollkommen recht, wenn sie behauptete, daß man Oesterreich ausgeschloß-